



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 12. November 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-63-0077

Neue Finanzierungsmodelle für kommunale Infrastruktur - Chancen, Risiken und Rahmenbedingungen für Wiesbaden -Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 05.11.2025-

Mit der geplanten Plattform „Zukunft finanzieren“ möchte die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) Kommunen und kommunalnahe Unternehmen mit privaten Kapitalgebern zusammenbringen, um Investitionen in Energie-, Verkehrs- und digitale Infrastruktur zu erleichtern. Angesichts des hohen Investitionsbedarfs in der Daseinsvorsorge ist es sinnvoll, innovative Finanzierungsmodelle sorgfältig zu prüfen. Gleichzeitig müssen Transparenz, demokratische Kontrolle und die langfristige Sicherung öffentlicher Interessen gewährleistet bleiben. Ziel des Berichts soll es sein, ein realistisches Bild der Möglichkeiten und Grenzen solcher Modelle zu gewinnen, um Chancen gezielt nutzen und Risiken vermeiden zu können.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu bewerten, welche Chancen und Risiken sich für Wiesbaden aus solchen Finanzierungsmodellen ergeben und ob eine Beteiligung an der Plattform der LBBW zielführend sein kann,
2. zu berichten, ob und unter welchen Voraussetzungen die Nutzung privater Kapitalfonds für kommunale Infrastrukturprojekte mit den haushaltsrechtlichen Grundsätzen vereinbar wäre,
3. Chancen und Risiken solcher Modelle für die kommunale Daseinsvorsorge, insbesondere im Bereich Energie, Wohnen, Mobilität und Digitalisierung, darzustellen,
4. mögliche rechtliche, finanzielle und nachhaltigkeitsbezogene Kriterien zu benennen, die bei einer solchen Beteiligung angelegt werden müssten.

Beschluss Nr. 0239

Der Antrag wird angenommen.

Stadtkämmerer Dr. Schmehl sagt einen schriftlichen Bericht zu.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2025

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2025

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister